

Zitat des Tages

Russland (...) will seinen Willen diktieren: heute kein NATO- und EU-Beitritt der Ukraine, morgen vielleicht schon die Nötigung der baltischen Staaten oder Polens zur Neutralität. Das aber ist nicht akzeptabel.

Die Neue Zürcher Zeitung am Sonntag zum Ukraine-Konflikt

Berlin: SPD-Delegierte für Koalitionsvertrag

Berlin. Als erste der drei beteiligten Parteien hat die Berliner SPD dem »rot-grün-roten« Koalitionsvertrag zugestimmt. Bei einem digitalen Parteitag am Sonntag votierten 91,5 Prozent der Delegierten für das Regierungsprogramm, das Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke für die kommenden fünf Jahre ausgehandelt hatten. Es gab 227 Jastimmen, 16 Neinstimmen und fünf Enthaltungen. Die drei Parteien regieren in Berlin bereits seit 2016 gemeinsam und hatten ihren neuen Koalitionsvertrag am Montag vergangener Woche vorgestellt. Bevor der neue Senat gebildet werden kann, müssen alle drei Parteien dazu ja sagen. Die Linke begann am Freitag einen Mitgliederentscheid, der zwei Wochen bis zum 17. Dezember dauert. Zuvor entscheiden die Grünen auf einem Parteitag am 12. Dezember. (dpa/jw)

CDU für Frau als Bundespräsidentin

Berlin. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat sich für eine Frau als Nachfolgerin für Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ausgesprochen. »Die Zeit ist aus meiner Sicht reif für eine Frau im Schloss Bellevue«, sagte er der Welt am Sonntag. Während Wüst schnell viel Unterstützung aus der CDU bekam, kritisierte die SPD den Vorstoß: »Wenn die CDU über Frauen nachdenkt, sollte sie in der eigenen Partei anfangen«, sagte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil der Zeitung. Der Sozialdemokrat Steinmeier ist seit 2017 Bundespräsident. Die nächste Wahl für das Amt findet im Februar kommenden Jahres statt. (AFP/jw)

Leuchtende Augen

Harmoniegesäusel beim Ampelbündnis: Große Zustimmung auf Parteitagen von SPD und FDP für Koalitionsvertrag. **Von Kristian Stemmler**

Wenn es darum geht, nach der Macht zu greifen, scheinen bei der SPD alle Flügelstreitigkeiten vergeblich und vergessen. Mit einer Mehrheit von fast 99 Prozent hat ein außerordentlicher Parteitag am Sonnabend dem mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP ausgehandelten Koalitionsvertrag zugestimmt. Nur sieben von 608 Delegierten stimmten mit Nein, drei enthielten sich. Zum Vergleich: Als die SPD ihre Mitglieder 2018 über die große Koalition mit CDU/CSU hatte abstimmen lassen, waren nur rund 66 Prozent dafür. Am Sonntag gab dann noch der FDP-Sonderparteitag grünes Licht für die Ampelregierung. Gut 92 Prozent der Delegierten stimmten mit Ja. Da aller Voraussicht nach auch das Ergebnis der Urabstimmung bei den Grünen, das am Montag verkündet werden soll, positiv ausfallen wird, soll der Koalitionsvertrag am Dienstag unterzeichnet werden. Am Mittwoch könnte sich dann Olaf Scholz (SPD) im Bundestag zum Kanzler wählen lassen.

Wie schon bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags pries Scholz auf dem SPD-Parteitag die Vorhaben der künftigen Regierung mit hohlen Schlagwörtern an. Er sprach von »Aufbruch«, »Fortschritt« und »Respekt« und verglich die aktuelle Situation mit den Jahren 1969 und 1998. Damals seien mit Willy Brandt und Gerhard Schröder nach Jahren in der Opposition Sozialdemokraten ins Kanzleramt eingezogen, das wiederhole sich nun mit seiner Person. Scholz behauptete, seine Regierung werde für sozialen Ausgleich sorgen und den Klimawandel bekämpfen. Die erste und wichtigste Aufgabe aber sei der Kampf gegen die Coronapandemie.

In der Aussprache gab es viel Lob und vereinzelt milde Kritik am Koalitionsvertrag.



SPD-Prominenz im Grinsemodus: Raed Saleh (v.l.n.r.), Olaf Scholz, Franziska Giffey und Dietmar Woidke am Sonntag beim Berliner Landesparteitag

Die SPD-Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken nannten die Bildung des neuen Bündnisses historisch. Walter-Borjans versprach, seine Partei werde kein »Lautsprecher der Regierung« sein und auch die Ziele weiterverfolgen, die es nicht in das 177seitige Papier geschafft hätten. Auch die Jusos waren in Kuschellaune. Im Ergebnis sei der Koalitionsvertrag »extrem überzeugend«, säuselte Juso-Chefin Jessica Rosenthal.

Ihr Vorgänger Kevin Kühnert, der SPD-Generalsekretär werden soll, kommentierte das Ampelpapier mit dem Satz: »Es fühlt sich gut und richtig an«. Befürchtungen, Kühnert könnte als Generalsekretär ausscheren und gegen

Scholz arbeiten, trat der bisherige Amtsinhaber Lars Klingbeil, der Walter-Borjans als Koparteichef beerben soll, entgegen. »Ein Generalsekretär steht in der Mitte der Partei und sorgt für deren Zusammenhalt«, lässt sich Klingbeil im Tagesspiegel (Sonntag) zitieren. Die neue Parteiführung soll auf einem Parteitag am kommenden Sonnabend gewählt werden.

Nach Grünen und FDP will auch die SPD an diesem Montag ihre Minister benennen. Als spannendste Frage gilt, wer neuer Gesundheitsminister wird. In Medien fällt dabei immer wieder der Name des Bundestagsabgeordneten und Mediziners Karl Lauterbach. Da Olaf Scholz allerdings im Wahlkampf

angekündigt hatte, sein Kabinett paritätisch zu besetzen, und die FDP für ihre vier Ministerposten drei Männer und nur eine Frau auserkoren hat, könnte der SPD-Politiker eine Gesundheitsministerin ins Rennen schicken.

Beim FDP-Parteitag am Sonntag war Christian Lindner unterdessen voll des Lobes für den Koalitionsvertrag – und bestätigte damit insgeheim das, was viele Kritiker monieren. »In diesem Koalitionsvertrag sind viele Projekte und Anliegen der Freien Demokraten enthalten«, zitierte ihn die Nachrichtenagentur AFP. Die FDP werde die Ampelregierung »prägen, auch das Regierungshandeln in Deutschland werden wir prägen«, sagte Lindner.

Kaltes Köln

Mahnwache gegen Obdachlosigkeit: Initiativen beklagen Untätigkeit von Politik und Verwaltung

Samstag morgen, kurz nach sieben Uhr auf dem Vorplatz des Kölner Hauptbahnhofs. Aus einem Zelt kommen Investigativjournalist Günter Wallraff und Kabarettist Jürgen Becker. Mit zehn weiteren Kölnern haben sie im Rahmen der »Mahnwache gegen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit« auf dem Bahnhofsvorplatz geschlafen. »Es war arschkalt«, berichtet Wallraff gegenüber

jW. »Dabei hatten wir ja noch den Luxus eines Zeltes.«

Organisiert wurde die Mahnwache von Rainer Kippe, Mitbegründer der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« (SSM) – benannt nach dem rechtsrheinischen Stadtteil – sowie der Hilfsorganisation »Helping Hands Cologne«. Die hat, wie bereits im vergangenen Winter, mit Spendengeldern eine Jugendherberge in Bahnhofsnähe angemietet und stellt dort Obdachlosen abschließbare Einzelzimmer zur Verfügung. Unterstützt wurde die Mahnwache von der Musikerinitiative »AG Arsch huh, Zäng ussenander« (Kölsch für: Arsch hoch, Zähne auseinander), die sich seit bald 30 Jahren gegen Rassismus, rechte Gewalt und für ein solidarisches Miteinander in der Domstadt engagiert.

Von Freitag abend bis Montag morgen waren Menschen eingeladen, gemeinsam mit Obdach- und Wohnungslosen vor dem Hauptbahnhof zu übernachten. »Viele reden über Obdachlosigkeit, aber nur wenige wissen, was es bedeutet, wie Obdachlose auf der Straße zu schlafen – zumal im Winter«, sagte der 77-jährige Kippe am Samstag im Gespräch mit jW. Er habe sich gefragt, warum in einer Stadt, die Hunderte Millionen Euro für

»prächtige« Bauprojekte, wie die »Historische Mitte« oder die Sanierung von Oper und Schauspielhaus ausbebe, kein Geld für Wohnungen da sei. Um für dieses Problem zu sensibilisieren, wolle man mit der Aktion verdeutlichen, was es bedeute, »auf der Straße zu liegen«.

Von der Stadt forderte Sozialarbeiter Kippe, umgehend abschließbare Einzelzimmer für alle Obdach- und Wohnungslosen zu stellen. Ferner Auffrischimpfungen gegen Covid-19, Wärmezelte in der Innenstadt, ein Sofortbauprogramm für Hunderte Wohnungen und einen »Masterplan« zur Überwindung von Obdachlosigkeit bis 2030, »wie es im neuen Ampelkoalitionsvertrag steht«, so Kippe.

In der Rheinmetropole ist Wohnungsnot ein um sich greifendes Problem. Zwar hatte der Sozialdezernent Harald Rau in der aktuellen Ausgabe des Stadtmagazins Stadtrevue die Zahl der Obdachlosen niedrig mit konstant 200 bis 300 angegeben. Bei den Wohnungslosen hingegen – also Leute, die keinen eigenen Mietvertrag haben und regelmäßig in Notunterkünften, stationären Einrichtungen, bei Bekannten oder in Unterkünften für Geflüchtete leben – musste Rau einen drastischen Anstieg

binnen eines Jahres um rund 1.000 auf 7.200 einräumen.

Begonnen hatte die Mahnwache am Freitag abend mit einem Konzert von »Arsch huh, Zäng ussenander« mit zirka 80 Zuschauern. Jürgen, ein ehemaliger Wohnungsloser, beklagte in einem Redebeitrag, dass in Köln Verwaltung und Politik nur »über die Betroffenen« sprächen. »Solange sich das hier nicht ändert, können wir das Ziel, Wohnungslosigkeit bis 2030 abzuschaffen, knicken«, sagte Jürgen weiter.

Heiner Kockerbeck, Fraktionschef der Partei Die Linke im Rat der Stadt Köln, der ebenfalls auf dem Bahnhofsvorplatz übernachtete, sagte im Gespräch mit jW: »Es müsste der Stadt und den Ratsparteien peinlich sein, dass sich fast ausschließlich Privatorganisationen um die Menschen auf der Straße kümmern.« Und Kabarettist Becker befürchtete gegenüber jW, wenn die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt weitergehe wie bisher, dann gebe es für Menschen mit geringen Einkommen bald nur noch drei »Immobilien«, wo sie leben könnten: »Unter der Hohenzollernbrücke, der Severinsbrücke und der Deutzer Brücke«.

Bernhard Krebs, Köln

Ossietyzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Mit weiteren Texten von Hans-Jürgen Nagel, Helmut Ortner, Ulrike Krenzlin, Stephan Krull, Jane Zahn, Thomas Rothschild, Manfred Sohn, Bernhard Spring, Manfred Orlick, Albrecht Franke, Wolfgang Helfritsch u. a.

Bestellung
Jahresabo / Geschenkabo
 25 Hefte € 65,- (Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabo
 12 Hefte € 35,-
Jahresförderabo € 110,-

Ossietyzky Verlag GmbH
 Siedendolsleben 3 · 29413 Dähre
 ossietyzky@interdruck.net
 Tel. 039031.950 596
 www.ossietyzky.net

Klaus Nilius **Standhaft und aufrecht**
 Bernhard Trautvetter **Zum Koalitionsvertrag**
 Michael Klundt **Das Virus und die Kinder**
 Georg Rammer **Unglückliches Land**
 Heinz-J. Bontrup **Keine Systemlösung**
 Dieter Braeg **Ach »Die LINKE«**
 Ulrike Wrobel **Minderheiten als Geschäft**

24. Jahrgang
 4. Dezember 2021 **24** € 2,80